Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/291

01.04.81

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Baustopp, Stationierungsstopp und Abbau der SS-20

Der Bundestag wolle beschließen:

Mit wachsender Sorge verfolgt der Deutsche Bundestag den auch nach dem westlichen Verhandlungsangebot vom 12. Dezember 1979 anhaltenden, seit einiger Zeit sogar beschleunigten Ausbau des gegen Westeuropa gerichteten atomaren Mittelstreckenwaffen-Potentials der Sowjetunion. Allein die Stationierungsrate der sowjetischen SS-20-Raketen wurde im Jahr 1980 verdoppelt, obwohl die NATO in ihrem Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 bereits eine rüstungskontrollpolitisch bedeutsame Selbstbeschränkung eingebaut hat. Die verstärkte sowjetische Aufrüstung, die auch andere Raketensysteme einschließt, mißachtet auch die Tatsache, daß die NATO über die Begrenzung ihrer beschlossenen künftigen Nachrüstung hinaus Rüstungsbegrenzungs-Verhandlungen über landgestützte atomare Mittelstrekken-Waffensysteme angeboten hat, die einen ausgewogenen und überprüfbaren Rüstungsabbau anstreben.

Sowjetische Vorschläge, einen Teil der SS-20-Raketen nur aus den westlichen Bezirken der Sowjetunion abzuziehen und ostwärts des Urals zu stationieren, ändern an der Bedrohung Westeuropas nichts, da die Rakete aufgrund ihrer großen Reichweite auch aus Stellungen ostwärts des Urals Ziele in Westeuropa abdecken kann.

Im Interesse der Stabilisierung des Friedens in Europa und erfolgversprechender Ost-West-Verhandlungen über den beiderseitigen Abbau europabezogener Mittelstrecken-Atomwaffen fordert der Deutsche Bundestag die Regierung der UdSSR auf, den Rüstungsstopp- und Abrüstungsvorschlägen des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets und Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Brechnew, auf dem 26. Parteitag der KPdSU Taten folgen zu lassen, die das anhaltende politische Mißtrauen in die Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit der sowjetischen Abrüstungsbekundungen abbauen können.

Insbesondere fordert der Deutsche Bundestag die Regierung der UdSSR auf, ab sofort den Bau und die Stationierung weiterer SS-20-Raketen einzustellen und die bereits stationierten Raketen stufenweise abzubauen. Die Sowjetunion darf nicht weitere Hindernisse

für ernsthafte Rüstungskontroll-Verhandlungen aufbauen, die das Ziel haben, im Bereich der atomaren Mittelstreckenwaffen das für die Sicherheit beider Seiten erforderliche Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau herzustellen und entsprechende gegenseitige Kontrollmaßnahmen einzuführen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Regierung der UdSSR auf die negativen Folgen ihrer anhaltenden Aufrüstung hinzuweisen und die deutsche Öffentlichkeit mehr als bisher über die wachsende Bedrohung durch die sowjetischen Mittelstreckenwaffen zu unterrichten.

Bonn, den 1. April 1981

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838